Nr. 125

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

20. Dezember 2019
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Den Kapitalisten das Recht nehmen, zu entlassen und Betriebe zu schließen!

Am 5. Dezember haben die 900 Stahlarbeiter von ThyssenKrupp in Duisburg-Hüttenheim erfahren, dass ihr Werk geschlossen werden soll. Eine Woche später hat ThyssenKrupp die Schließung von zwei Werken mit 1.000 Stahlarbeitern in Bochum angekündigt. Und bei einem Werk in Gelsenkirchen „überlege man noch".
Dabei will der Konzern künftig sogar mehr Stahl produzieren als bisher, aber eben… mit weniger Arbeitern. Auch in den anderen Konzernbereichen sollen 4.000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Es klingt wie Hohn in den Ohren der Betroffenen, wenn der Vorstand erklärt, alles würde ganz „sozial verträglich" ablaufen. Gerade in Bochum weiß nach Opel und Nokia jeder, was für ein Aderlass eine Werksschließung ist.
Jedes Werk, das schließt, ist ein Drama für die betroffenen Arbeiter, die Zulieferer, die ganze Region. Im Ruhrgebiet leben jetzt schon 21% der Leute unter der Armutsgrenze. Und in derselben Woche wie ThyssenKrupp kündigte auch noch Aldi Süd an, ein Lager mit 300 Arbeitern in Mülheim zu schließen – und E.ON, dass sie 1.600 Beschäftigte allein in Essen und Dortmund entlassen.

Nachdem sie morgens von der drohenden Schließung ihres Werks erfahren hatten, haben in Hüttenheim 300 Arbeiter zum Schichtwechsel spontan die Arbeit niedergelegt. Zwei Tage zuvor waren 6.000 Arbeiter dem Aufruf der IG Metall gefolgt und haben in Duisburg gegen die Sparpläne in allen Stahlwerken demonstriert. Und am Tag darauf haben in Essen 2.500 Arbeiter der Aufzug-Sparte protestiert, die ThyssenKrupp verkaufen will, womit sie die Jobs weiterer tausender Arbeiter bedrohen.

Jahrelang hatte man den Arbeitern erzählt, die Aufzug-Sparte wäre der rentabelste Bereich und daher müssten sie sich um ihre Jobs keine Sorgen machen. Von wegen! In ihrer kapitalistischen Wirtschaft hat niemand einen sicheren Job. Jetzt will ThyssenKrupp die Sparte gerade deshalb teuer verkaufen… weil sie so rentabel ist.

ThyssenKrupp ist kein Sonderfall. Mit der unsicheren Weltwirtschaftslage werden die Kapitalisten in allen Branchen aggressiver, um weiter ihre Profite zu erhöhen: Die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Hypovereinsbank wollen zusammen 24.500 Arbeitsplätze vernichten, Bayer und BASF zusammen 16.000 Arbeitsplätze, VW, Daimler und BMW insgesamt sogar 60.000 Arbeitsplätze. Ganz zu schweigen von der Automobilzulieferer-Industrie: Allein in Baden-Württemberg haben 160 Automobilzulieferer Entlassungen, Werksschließungen oder Lohnkürzungen angekündigt. Und all die entlassenen Arbeiter von Leih- und Subfirmen sind in diesen Zahlen nicht mal mit drin.

Quer durch die Branchen und das Land stoßen die Kapitalisten gerade Hunderttausende Arbeiter in Arbeitslosigkeit und Unsicherheit und rauben ihnen Lohn. Es sind dieselben Kapitalisten, die uns zehn Jahre lang vom „Wirtschaftswunder" vorgeschwärmt haben und deren Vermögen auf unserem Rücken in schwindelerregende Höhen geklettert sind!
Nicht nur für einzelne Belegschaften, sondern für die gesamte arbeitende Klasse stellt sich daher die Frage, wie wir auf diese beginnende Angriffswelle reagieren können und müssen.

Ende November sind in Stuttgart 15.000 Arbeiter gegen die Angriffe in der Autobranche auf die Straße gegangen. Doch welche Perspektive hat die IG Metall-Führung bei dieser Demonstration vertreten? Sie hat an die „Vernunft" der Kapitalisten appelliert, hat erklärt, dass Unternehmer und Beschäftigte nur gemeinsam „gute Lösungen für die derzeitigen Herausforderungen" finden könnten. Ähnlich bei ThyssenKrupp.

Auf die Vernunft der Kapitalisten zu hoffen aber ist so, als wollte man einem tollwütigen Hund erklären, dass es „vernünftiger" wäre, das Stück Fleisch mit uns zu teilen. Während wir noch vertrauensselig auf den Hund einreden, verschlingt der nicht nur das Fleisch, sondern uns gleich mit.

In ihrer Profitlogik gibt es für uns keine gute Lösung. Nach der Profitlogik ist es vernünftig, Arbeitende zu entlassen – und dafür die übrigen noch mehr schuften zu lassen. Danach ist es vernünftig, auf dem Scherbenhaufen unserer Jobs, ganzer Werke und Gegenden noch größere Geldberge anzuhäufen.

Für uns Arbeiter hingegen ist das Gegenteil vernünftig und notwendig: nämlich, dass der von uns erarbeitete Reichtum zuallererst zum Erhalt unser aller Arbeitsplätze und Löhne dient. Und sollte tatsächlich etwas weniger Arbeit da sein – aus welchem Grund auch immer – dann müsste man die vorhandene Arbeit unter allen aufteilen statt zu entlassen – sodass alle endlich wieder ruhiger und ohne chaotische Schichten arbeiten können. In den meisten Betrieben jedoch sind wir eher zu wenig Arbeiter, und man müsste mehr einstellen!

Welche Vernunft sich durchsetzt, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Heute sind die Kapitalisten die Stärkeren. Doch sie wissen: Wenn wir Arbeitenden zusammenhalten und wissen, was wir wollen, können wir die Stärkeren sein. Deshalb versuchen sie uns einzureden, wir müssten alles akzeptieren. Und sie versuchen uns zu vereinzeln, versuchen uns das Gefühl zu geben, die Entlassungen bei ThyssenKrupp wären was ganz anderes als die bei Aldi oder E.ON – obwohl alle im Umkreis von 30 Kilometern stattfinden.

Wir Arbeitenden hingegen werden dann wieder an Stärke gewinnen, wenn in unseren Reihen wieder das Bewusstsein wächst, dass wir eine Klasse, mit gemeinsamen Anliegen und Interessen sind – und wir gemeinsam den Kampf gegen die kapitalistische Klasse aufnehmen können und müssen.

Großbritannien: Boris Johnsons erste Maßnahmen sind Angriffe auf die Arbeiter

Wenn man Premierminister Johnson glaubt, dann hätten die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 12. Dezember bewiesen, dass das ganze Volk hinter ihm stehen würde und er nun „den Willen des Volkes" umsetzen werde, der identisch mit seinem Willen sei.

In Wahrheit hat seine konservative Partei nur 43% der Stimmen erhalten, fast genauso viel wie bei den Wahlen zwei Jahre zuvor. Dass sie im Parlament trotzdem 56% der Sitze und damit die absolute Mehrheit ergattert hat, liegt ausschließlich an dem sehr undemokratischen Wahlsystem. Denn in diesem gewinnt in jedem Wahlkreis einfach der Kandidat mit den meisten Stimmen den Parlamentssitz, und die Stimmen für die anderen Parteien verfallen.

Und Johnsons Partei ist nur deshalb diesmal in vielen Wahlkreisen an erster Stelle gelandet, weil ihr Hauptkonkurrent, die sozialdemokratische Labour Party, 8% verloren hat. In einer Wahl, die vollständig von einem Thema – dem Brexit – beherrscht war, hat ein Teil deren Wähler die Labour Party für ihre zwiespältige Haltung in dieser Frage abstrafen wollten. Und viele Wähler aus der arbeitenden Bevölkerung hatten nur noch die Nase voll von dem endlosen Brexit-Zirkus. Sie haben eigentlich ganz andere Sorgen und sind nur noch angewidert von allen Parteien. Ein Drittel sind gar nicht erst zur Wahl gegangen.

Rechnet man die mit ein, haben gerade mal 30% der Wahlberechtigten für Johnson gestimmt. Er ist also weit davon entfernt behaupten zu können, dass er mit seinem Brexit den Willen des ganzen Volkes umsetze. Was ihn und eine Heerschar von Journalisten nicht davon abhält, diesen Mythos zu verbreiten.
Und von dieser angeblichen „Volksunterstützung" gestärkt, hat er sofort mehrere arbeiterfeindliche und migrantenfeindliche Gesetze angekündigt: So will er das Streikrecht im Transportwesen noch weiter einschränken, die Gefängnisstrafen verlängern und noch mehr willkürliche Massenkontrollen von Jugendlichen (und insbesondere Migranten) in den Arbeitervierteln durchführen.
In seinem Wahlprogramm steht außerdem unter anderem die Senkung der Steuern für Reiche und Konzerne sowie die Schaffung von „Freihandelszonen", in denen ein Teil der Arbeits- und Sozialgesetze nicht mehr gelten soll.

Vor einem anderen gesellschaftlichen Hintergrund, aber ebenfalls in einer Zeit wachsender Armut, hatte auch Margaret Thatchers erste Regierung Anfang der 1980er Jahre eine wahre Serie von arbeiter- und migrantenfeindlichen Gesetzen durchgepeitscht.

Diese Angriffe haben zu einer Reihe von harten Streiks und zu einer regelrechten Explosion der Wut, zu einem Aufstand in den Stadtvierteln der Armen geführt. Wenn Johnson den Bogen überspannt, könnte auch er am Ende diese Erfahrung machen.



Dezember 2019: Bahnarbeiter streiken gegen die Einsparung von Begleitpersonal. Johnson will ihr Streikrecht weiter einschränken.

Indien: 43 Arbeiter in Fabrik verbrannt

43 Arbeiter sind in der Nacht zum 8. Dezember elendig in ihrer Fabrik in Neu Delhi, der Hauptstadt Indiens, verbrannt. Sie schliefen in den Werkstätten, in denen sie tagsüber arbeiteten und Plastikspielzeug, Kleidung und Schulranzen herstellten.
Ein Kurzschluss ist wohl für das Feuer verantwortlich. Aber sterben mussten die Arbeiter, weil das alte Gebäude nur einen einzigen Ausgang hatte, keinerlei Brandschutzmaßnahmen, keinen Notausgang… Ja sogar viele Fenster ließen sich nicht öffnen. Noch zwei Wochen vorher hatten städtische Inspektoren die Fabrik besichtigt, jedoch gegen die offensichtlich illegalen Zustände nichts unternommen.

Wen wundert es? Es gibt unzählige solcher illegalen Fabriken in quasi allen Ländern der Dritten Welt, und immer wieder sterben dutzende, manchmal hunderte bei ähnlichen Unglücken. Doch die staatlichen Behörden wollen nicht eingreifen oder trauen sich nicht. Und dies aus gutem Grund: Denn diese illegalen Fabriken sind das Ergebnis der Jagd nach Profit – einer sehr legalen Tätigkeit, die weltweit geheiligt und gefördert wird. Die Arbeiter in Neu Delhi starben für den Profit des indischen Zulieferers und mehr noch für den der Besitzer der großen Kaufhausketten in Europa.

Geheimdienste: Mord gehört zum Geschäft

Mittlerweile ist relativ klar: Den Mord an dem 40jährigen Georgier im Berliner Tiergarten am 23. August haben entweder der russische Geheimdienst oder Organe der Teilrepublik Tschetschenien in Auftrag gegeben. Präsident Putin hat den Mord sogar de facto gerechtfertigt, indem er erklärt hat, der Getötete sei ein „blutrünstiger und brutaler" Terrorist, der unter anderem an Anschlägen in Tschetschenien und auf die Metro in Moskau beteiligt gewesen sei.
Auch wenn dies stimmen sollte: Ermordet wurde er deshalb nicht. Denn Putin hat absolut kein Problem mit brutalen Menschen oder Terroristen… solange sie auf seiner Seite stehen. Das Pech des getöteten Georgiers war, dass er seit dem Tschetschenienkrieg auf der anderen Seite stand.

Es wäre nicht das erste Mal, dass der russische Geheimdienst nicht davor zurückschreckt, auch im Ausland einen politischen Gegner auszuschalten. Zumindest befindet er sich damit in guter Gesellschaft. In Gesellschaft des saudischen Geheimdienstes zum Beispiel, der den kritischen Journalisten Kashoggi in der Türkei ermorden ließ. Oder auch des US-Geheimdienstes, der immer mal wieder stolz Bilder von toten Terroristen-Chefs veröffentlicht, die er heimlich in den unterschiedlichsten Ländern verfolgt, aufgespürt und ohne Prozess aus dem Weg geräumt hat.

Weltklimagipfel:
Sie handeln nicht mal im Schneckentempo

Und wieder ist nichts herausgekommen bei dem Klimagipfel in Madrid. Genau wie beim Klimagipfel davor, und dem davor… Und so wird es auch beim nächsten sein.

Dabei sind sich fast alle Forscher einig: Wenn der CO2-Ausstoß in den nächsten zehn Jahren nicht um 7,6% pro Jahr sinkt, wird die Erde sich deutlich weiter erwärmen, mit unumkehrbaren Folgen. Doch Jahr für Jahr das gleiche Schauspiel: Auf dem Gipfel werden dramatische Reden gehalten, Absichtserklärungen und manchmal sogar Pläne zur Verringerung des CO_2-Ausstoßes werden verabschiedet… und nichts ändert sich. Der CO_2-Ausstoß verringert sich nicht. Währenddessen aber werden die Hitzewellen immer zahlreicher, Feuersbrünste verwüsten das Amazonas-Gebiet, in vielen Gegenden werden die Wirbelstürme stärker und die Polkappen schmelzen.

Gerne wird mit dem Finger auf Trump und Bolsonaro gezeigt, die Präsidenten der USA und Brasilien – zwei Staaten mit hohem CO_2-Ausstoß, die sich auch öffentlich weigern, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Die europäischen Staatschefs hingegen spielen die Tugendhaften. Sie bereiten einen „Green New Deal“ vor, der nichts anderes ist als ein großes Investitionsprogramm voller Geschenke an die Konzerne – das deutsche „Klimapaket“ lässt grüßen.

In Wahrheit geht es beiden Seiten nur darum, ihrer Wählerschaft zu gefallen: Trump und Bolsonaro den eher reaktionäreren, Macron oder Merkel den umweltbewegten Mittelschichten. Doch alle verteidigen sie in Wahrheit die direkten Interessen der großen Konzerne. Keiner von ihnen ist bereit, die großen Energie-, Transport-, Chemie- oder Baukonzerne, die die Umwelt verschmutzen, ernsthaft zu kontrollieren oder sie gar zu bestrafen. Im Gegenteil, der angebliche Kampf gegen den Klimawandel ist ein guter Vorwand, um ihnen noch mehr Subventionen in den Rachen zu schmeißen, ohne eine ernsthafte Gegenleistung zu verlangen.



Dieser Zynismus der Großmächte befeuert zu Recht die Empörung eines Teils der Jugend, die in vielen Ländern auf die Straße geht. Greta Thunberg hat als Initiatorin der Klimastreiks in Madrid gesprochen. Doch keine Rede, so ehrlich und ernsthaft sie auch sei, kann die Profitmaschine aufhalten, die der Gesellschaft ihre Entscheidung aufzwingt. Um die katastrophale Entwicklung des Klimas wie auch der sozialen Bedingungen und der gesamten Gesellschaft aufzuhalten, muss man den Kapitalisten die Macht entreißen. Dies ist die „dringende Aufgabe“, der sich die empörte Jugend und die Arbeiter annehmen müssen.

(Dieser Artikel basiert auf einem Artikel unserer französischen Genossen von Lutte Ouvrière vom 3.12.2019.)

Verbot der Leiharbeit… zum Schutz der Profite?!

Da fast alle Krankenhäuser derzeit Pflegekräfte suchen, können Pflege-Leiharbeitskräfte derzeit ausnahmsweise durchsetzen, dass sie besser bezahlt werden als die Festangestellten. Obendrein sind sie viel weniger dem Druck ausgesetzt, an ihren freien Tagen einzuspringen. Einige Festangestellte wechseln deshalb freiwillig in die Leiharbeit.

Natürlich kommt es der Berliner SPD-Gesundheitsministerin nicht in den Sinn, die Löhne der Festangestellten anzuheben und ihre unerträglichen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Im Gegenteil: Damit die Krankenhausbetreiber – allen voran die großen privaten Krankenhauskonzerne – den Pflegkräften auch zukünftig keine höheren Löhne zahlen müssen, will sie die Leiharbeit hier… verbieten. In den anderen Branchen, wo die Kapitalisten die Leiharbeiter noch mehr ausbeuten können als Festangestellte, soll sie selbstverständlich weiter ausgeweitet werden dürfen.

Grüne „Geschenke“ zu Weihnachten

Die Grünen haben im Bundesrat durchgesetzt, dass die CO_2-Steuer ab 2021 nicht 10, sondern 25 Euro pro Tonne beträgt, und fünf Jahre später sogar 55 Euro. Und sie sind sogar noch stolz darauf, dass die gesamte arbeitende Bevölkerung so noch mehr für Heizung und Sprit bezahlen muss!

Gleichzeitig finden die Grünen es aber vollkommen richtig, dass die reichsten Kapitalisten – die wahren Verantwortlichen für den Klimawandel – im Namen des Klimaschutzes mit 50 Milliarden € an Steuergeldern beschenkt werden.

Die wahren Schmarotzer sind die Kapitalisten

10 Milliarden Euro gibt der Staat jedes Jahr für die Aufstockung von Löhnen aus: Für eine Million Arbeitende, die so wenig verdienen, dass sie noch zusätzlich den erniedrigenden Gang zum Amt gehen und HartzIV beantragen müssen.

Es wäre die Pflicht der Unternehmen, Löhne zu bezahlen, von denen man leben kann. Doch statt sie dazu zu zwingen, dürfen die Kapitalisten die Arbeitenden zu Niedrigstlöhnen ausbeuten – und der Staat zahlt die 10 Milliarden an fehlendem Lohn.

Und da wollen sie uns weismachen, die HartzIV-Empfänger würden auf Kosten der Allgemeinheit leben? Das tun wohl eher andere!

Bombengeschäfte

Der Verkauf an Waffen und Rüstungsgütern wächst immer weiter. Allein im letzten Jahr haben die 100 größten Rüstungskonzerne schon wieder 5% mehr verkauft.

Die US-Rüstungskonzerne haben dabei einen Marktanteil von 59%, die der EU weitere 24%. Damit sind die Konzerne aus USA und EU für 83% des weltweiten Waffenhandels verantwortlich!

Die Konzerne der Staaten, die sich immer damit brüsten, sich für Demokratie und Frieden in der Welt einzusetzen, liefern damit die Waffen für quasi alle Kriege in der Welt – und sind damit die wahren Nutznießer dieser Kriege. Kriege, die durch die Krisen und die imperialistische Politik immer zahlreicher und bedrohlicher werden!

Real: „Wir sind Menschen und keine Restposten!“

Der Metro-Konzern versucht seit Monaten, die real-Märkte samt ihrer 34.000 Beschäftigten zu verschachern. Fast im Monatsrhythmus wechselten die potenziellen Käufer. Die Beschäftigten fühlen sich mittlerweile, als wären sie selbst die Waren bei einem Schlussverkauf!

Die neuste Nachricht ist, dass die Immobilienfirma x+bricks Ende Januar alle real-Filialen übernehmen will. Doch für die Beschäftigten geht die Unsicherheit damit erst richtig los. Denn x+bricks interessiert sich vor allem für die Immobilien.

Rund 40 Supermärkte will er einfach schließen, und die 230 übrigen fast alle weiterverkaufen: ein paar an Edeka, ein paar an Kaufland, ein paar an Tegut... wo die Arbeitenden überall schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen haben.

Deshalb fordern die real-Beschäftigten, dass sie beim Verkauf ihre Tariflöhne behalten. Und da ist auch die Frage, ob der Metro-Konzern sich so einfach aus der Affäre ziehen kann oder für die entlassenen Kolleginnen aufkommen muss, an denen er jahrzehntelang sehr viel Geld verdient hat.

Die Beschäftigten von real zählen zu den Belegschaften im Einzelhandel, die sich nicht alles haben gefallen lassen und mehr als einmal gestreikt haben.
Sie können diese Erfahrungen heute gut gebrauchen, um ihre Existenz zu verteidigen.



SPD: Keine Sorge, wir regieren weiter… für das Kapital

Mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans hat die SPD nun bereits zum dritten Mal innerhalb von drei Jahren neue Parteivorsitzende gewählt.

Bei jeder Neuwahl hat die SPD-Basis auf Kandidaten mit „sozialerem, linkerem“ Image gesetzt – in der vergeblichen Hoffnung, dies würde ihnen die verlorenen Wähler zurückholen.

Viele dachten diesmal außerdem, Esken und Walter-Borjans würden wirklich die Große Koalition beenden, die viele SPD-Mitglieder für den Absturz ihrer Partei verantwortlich machen. Schon wenige Tage nach ihrer Wahl aber beeilten sich die beiden zu versichern, dass die SPD natürlich weiter regieren wolle. Ebenso der angebliche „Rebell“, der JuSo-Vorsitzende und neue stellvertretende SPD-Vorsitzende Kevin Kühnert.

Sicher hat zu dieser Entscheidung auch beigetragen, dass die SPD angesichts ihres drastischen Stimmenverlusts nicht einmal mehr sicher sein kann, überhaupt jemals wieder regieren zu können. Daher gibt es gerade im Dunstkreis der Minister viele SPD-Funktionäre, die wenigstens noch für diese Amtszeit an den Futtertrögen der Macht bleiben wollen.

Doch vor allem können die Kapitalisten angesichts der weltweiten Unsicherheiten gerade absolut keine instabile politische Lage gebrauchen. Sie verlangen eine funktionierende Regierung, die Entscheidungen im Sinne der Unternehmer fällt. Und die SPD-Funktionäre haben ihnen gegenüber ein viel zu tiefes Verantwortungsgefühl, als dass sie sie im Stich lassen würden.
Selbst wenn sie damit ihre eigene Partei endgültig zugrunde richten.

AfD: Wer A sagt, muss auch B sagen

Der bisherige Vorsitzende des AfD-Kreisverbands von Cuxhafen, Marcus Hoffmann, soll zusammen mit drei anderen 98 Kilogramm Kokain im Wert von acht Millionen Euro ins Land geschmuggelt haben.
Noch bis vor wenigen Tagen hat er erzählt, dass die Flüchtlinge die ganze Kriminalität ins Land bringen und die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung gefährden würden.
Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder er und seine Parteigenossen lügen – oder Marcus Hoffmann ist ein Flüchtling.

Seehofers Konzept... zum Schutz der Rechtsradikalen

CSU-Innenminister Seehofer hat sein Konzept zur „Bekämpfung des Rechtsradikalismus“ vorgestellt. Dabei musste er öffentlich eingestehen, dass Gewalttaten und Anschläge von rechtsradikalen Gruppen und Terrorzellen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Und vor allem, dass auffällig viele Täter aus den Reihen des Staates selber, insbesondere aus der Bundeswehr, der Polizei oder dem Verfassungsschutz stammten.

Dann sind da noch all die Fälle, wo Angehörige dieser Staatsbehörden Beweise „übersehen“ oder gar vernichtet, oder den Rechtsradikalen Informationen zugespielt haben. Und reden wir gar nicht davon, dass selbst der höchste Chef des Verfassungsschutzes, Maaßen, heimlich die AfD beraten hat.

Doch wie will Seehofer das Erstarken des Rechtsradikalismus im Staatsapparat bekämpfen? Durch eine Verstärkung von… Polizei und Verfassungsschutz! Das nennt man den Bock zum Gärtner machen. Auf diese Weise erhalten die Rechtsradikalen eher noch mehr Rückendeckung! Die arbeitende Bevölkerung muss sich darauf vorbereiten, sich gegen die zunehmende rechte Bedrohung selber zur Wehr zu setzen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Ein Abo des Roten Tuch kostet 13 € pro Jahr.